



Antragsteller*in:

Students for Palestine Freiburg

Antragsinhalt:

Die Vollversammlung möge beschließen,

die Universitätsleitung mit Nachdruck aufzufordern, dass Students for Palestine Räumlichkeiten der Universität, die über die Verfasste Studierendenschaft verwaltet oder beantragt werden, zu denselben Bedingungen nutzen darf wie alle anderen Hochschulgruppen und Initiativen. Eine systematische Benachteiligung oder ein Ausschluss von Students for Palestine (oder anderer studentischer Gruppen) bei der Raumvergabe – sei es mit dem Verweis auf angebliche Neutralitätsgebote oder aus anderen vorgeschobenen Gründen – ist unzulässig und sollte nicht stattfinden.

Die Vollversammlung möge des Weiteren beschließen, den zuständigen Gremien der Studierendenschaft zu empfehlen, dafür Sorge zu tragen, dass Students for Palestine bei der Raumvergabe diskriminierungsfrei und gleichberechtigt behandelt wird..

Begründung:

In den vergangenen Monaten ist wiederholt vorgekommen, dass Students for Palestine bei der Vergabe von Räumen benachteiligt wurde. Zunächst wurde dies unter Berufung auf eine vermeintliche Pflicht zur Neutralität der Studierendenvertretung gerechtfertigt; später folgten pauschale Kriminalisierungsversuche gegen die Gruppe, um ihre Veranstaltungen zu verhindern. Diese Praxis stellt einen eklatanten Bruch mit der bisherigen hochschulpolitischen Handhabung dar: Vor 2024 war die Raumvergabe für studentische Referate, Hochschulgruppen und Initiativen deutlich offener und wurde nicht nach ideologischen oder politischen Kriterien eingeschränkt. Kein anderer studentischer Gruppe wurden Räumlichkeiten allein aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung verweigert, solange ihre Veranstaltungen im Rahmen der Gesetze blieben. Es ist daher offenkundig, dass hier seit der Gründung von Students for Palestine im Jahr 2024 eine diskriminierende Sonderbehandlung stattfindet. Eine solche Diskriminierung widerspricht den Grundsätzen einer offenen und pluralistischen Hochschule. Die Verfasste Studierendenschaft hat den Auftrag, die politischen, kulturellen und sozialen Belange der Studierenden zu vertreten und den Meinungsaustausch zu fördern. Dazu gehört auch Themen – wie die Geschichte Palästinas – im Hochschulkontext diskutieren zu können. Der Verweis auf “Neutralität” darf nicht dazu missbraucht werden, unliebsame politische Meinungen oder bestimmte studentische Gruppen

auszugrenzen. Echte Neutralität der Institution bedeutet, alle studentischen Gruppen gleich zu behandeln und Veranstaltungen unterschiedlicher Perspektiven zuzulassen, solange keine Gesetze verletzt werden. Wenn Initiativen, Referate oder Hochschulgruppen – hier Students for Palestine – von vornherein ausgeschlossen wird, läuft dies auf eine einseitige Parteinahme der Universität hinaus und verletzt den Gleichbehandlungsgrundsatz. Zudem ist das pauschale Abstempeln von Students for Palestine als problematisch oder unerwünscht als antipalästinensischer Rassismus verstanden werden, da hier eine Gruppe von Studierenden aufgrund ihrer ethnischen Herkunft bzw. politischen Überzeugungen systematisch benachteiligt wird. Als Universität, die sich zu Toleranz, Antidiskriminierung und Wissenschaftsfreiheit bekennt, darf die Universität keine diskriminierenden Strukturen dulden. Vielmehr muss sie sicherstellen, dass alle Studierenden – unabhängig von Herkunft oder politischen Ansichten – die gleichen Möglichkeiten haben, sich zu organisieren und Gehör zu finden. Die Vollversammlung tritt daher entschieden dafür ein, Students for Palestine den gleichen Zugang zu Räumen und Ressourcen zu gewähren wie jeder anderen Hochschulgruppe. Nur so kann ein gerechter, diskriminierungsfreier Rahmen gewährleistet werden, in dem politische Bildung und studentisches Engagement frei von Angst und Benachteiligung stattfinden können. Diese Gleichbehandlung stärkt nicht nur die Rechte der betroffenen Gruppe, sondern bewahrt auch die demokratische Kultur an unserer Universität, in der Vielfalt der Meinungen und konstruktiver Dialog ausdrücklich erwünscht sind.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).